

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortliche Schriftleitung: ...
 Druck: ...

Telegramme: ...

Nr. 161

Sonnabend, den 12. Juli 1924

19. Jahrgang

Vertrauensvotum für Herriot.

Neue Unklarheiten.

Die Tinte, mit der das Protokoll über die Pariser Unterredungen zwischen Herriot und Macdonald unterschrieben ist, ist kaum trocken geworden, und schon ergeben sich neue Zweideutigkeiten. Aus dem Protokoll möchte man entnehmen, daß Deutschland zu der Bonzheimer Konferenz überhaupt nicht zugezogen werden sollte, und die offizielle französische Agentur Havas hatte diese Auffassung auch ausdrücklich bekräftigt. In seiner Unterhauserklärung vom Donnerstag hat Macdonald jedoch ausgeführt, daß die Entscheidung über die Zulassung Deutschlands auf der Konferenz selbst gefällt werden würde. Das ist gewiß nicht viel, aber immerhin etwas anderes, als die Agentur Havas gesagt hatte. Herr Beretti della Rocca, der Direktor im französischen Außenamt, der Geist vom Geiste und Fleisch vom Fleische Poincarés ist und nach einer etwas voreiligen Selbsteinschätzung bereits vor einigen Tagen von Herriot abgesetzt werden sollte, scheint dort wieder keine Hand im Spiele gehabt zu haben. Auch in anderen Beziehungen klagen die Ausführungen Macdonalds im Unterlaufe für unsere Ohren nicht ganz so unangenehm wie das was aus Paris über das Ergebnis der Besprechung der Ministerpräsidenten verlautete. Trotzdem muß es demnach ausgesprochen werden, daß es auch für Deutschland eine Grenze gibt, über die es in seinem Entgegenkommen gegen die Forderungen der Entente nicht hinweggehen kann. Die Reichsregierung kann den Damesbericht, durch den das deutsche Volk zum Teil noch über den Versailler Vertrag hinaus belastet wird, nur durch Ausführung bringen, wenn dadurch die Befreiung von Rhein und Ruhr von dem auf ihnen lastenden ungeheuerlichen Druck erzielet wird und ein neuer Geist in die europäische Politik einkehrt, ohne den auch der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas nicht möglich ist.

Berlin, 11. Juli. Die politische Lage wird heute durch die aus Paris und London vorliegenden Mitteilungen als noch immer ungeklärt angesehen. Dr. Stresemann hat noch zu Parlamentariern gedankt, er würde von seinen Mindestforderungen für die Annahme des Sachverständigen Gutachtens (Ruhräumung und Aufhebung aller Sanktionen) nur dann abgehen können, wenn der Reichstag ihn ausdrücklich dazu ermächtigt. Von der durch die Entente angestrebten schnellen Erledigung der Damesgesetze ist man hier noch weit entfernt.

Rabbinerrat in Paris.

Paris, 11. Juli. Wie die Havasagentur Donnerstag früh meldet, ist das französische Kabinett unmittelbar nach der Abreise Macdonalds zu einer Sitzung zusammengetreten. Es hat einstimmig den Abmachungen mit Macdonald zugestimmt und die Vorbereitung der Frage des Sicherheitsvertrages dem Landesverteidigungsamt in Versailles übertragen.

Die Havasnote hebt besonders hervor, daß die Verhandlung zwischen Macdonald und Herriot nicht eröffnet worden ist.

London erwartet die deutsche Unterschrift.

Rotterdam, 11. Juli. Der „Courant“ meldet aus London: Die ungünstige Beurteilung der allgemeinen Lage läßt hier an. Die Pariser Zustände Macdonalds werden jedoch von der konservativen Presse weniger ablehnend beurteilt als von den Liberalen. „Daily News“ schreiben: Auf Deutschlands Vorbehalte der Ruhräumung ist man in Paris nicht mit einem einzigen Wort eingegangen. Das läßt keine andere Deutung zu, als daß Deutschland auch ohne Ruhräumung unterschreiben muß und wird, trotz aller bisherigen gegenteiligen Erklärungen des deutschen Außenministers.

Amerika wird ablehnen.

London, 11. Juli. Wie die „Times“ aus Washington melden, wird im Weißen Hause schon jetzt erklärt, daß für den Eintritt Amerikas in die Reparationskommission keine Mehrheit im Senat vorhanden ist. Die im August 1923 vorgenommene Abstimmung auf einen in gleicher Richtung gehenden Antrag vorab ergab die Verteilung mit allen gegen drei Stimmen eine Verurteilung der Mehrheitserhältnisse. Im Senat sei aber inzwischen nichts erfolgt.

Eröffnung der Konferenz am Mittwoch

London, 11. Juli. Den Vätern zufolge ist die Eröffnung der interalliierten Konferenz für Mittwoch vormittag 11 Uhr im Council Office vorgesehen. Die Größe der Delegationen sei der britischen Regierung noch nicht mitgeteilt worden, es werde jedoch erwartet, daß insgesamt etwa 180 Regierungsvertreter aller

beteiligten Nationen anwesend sein werden. Die Tagesordnung werde erst nach Eröffnung der Konferenz festgelegt. Man rechnet mit einer zweiwöchigen Dauer der Konferenz, sofern Deutschland seine Gesetze innerhalb dieser Frist vorlegen wird.

Herriots Antwort an Poincaré.

Die Diskussion über die auswärtige Politik im Senat wurde heute beendet, und zwar mit einem Vertrauensvotum für die Regierung. Nach der Rede des Senators Douffet im Senat, der die Ansicht aussprach, daß das Sachverständigenprogramm eine Verringerung der französischen Forderungen an Deutschland nach sich ziehen werde und daß man der Gegenleistung entsprechend eine Herabsetzung der alliierten Schulden verlangen könne, sprach

Ministerpräsident Herriot.

Die gestrige Rede Poincarés müsse als eine Rede von dialektischem Werte bezeichnet werden. Es erscheine ihm sehr zweifelhaft, daß am Vorabend der Londoner Verhandlungen eine so weitgehende Erörterung möglich sei. Es sei nicht gut, jemanden mit Ketten zu belasten, der Verhandlungen führen soll. Der Damesplan sei nicht vollkommen, aber die Aufgabe der jetzigen Regierung sei, zwischen London und Paris herzliche Beziehungen herzustellen. In der letzten Zeit versuche man, durch unklare Erklärungen die öffentliche Meinung zu erregen. Macdonald habe gewünscht, mit ihm eine private Unterredung zu haben, durch die keine gebunden sein sollte. Diese Unterredung sollte vertraulich sein. Man behauptet, so sagte Herriot, ich hätte die Rolle eines unerfahrenen Idealisten gespielt. Hat den das Ideal während des letzten Krieges keine Rolle gespielt? Hat nicht Deutschland immer die moralische Seite des Problems verkannt und verkennt es sie nicht noch immer? Ich habe, als ich von Chequers zurückkam, hier eine Erklärung verlesen, die keine übertriebenen Hoffnungen enthielt.

Herriot sagt dann Macdonald Dank für sein Entgegenkommen und erklärt, die französische Regierung müsse endlich an die Stelle der Aktion Frankreichs und Belgiens ein interalliiertes Abkommen setzen. Vielleicht wäre es geschickt gewesen, das Problem zu vertagen. Aber im Jahre 1923 erlange Deutschland Frankreich gegenüber seine wirtschaftliche Freiheit wieder. Wenn kein Abkommen geschlossen wird, werden dann nicht sämtliche französische Interessen, namentlich diejenigen des Elsas gefährdet? Eine rasche Verständigung sei also notwendig. Es genüge nicht, die Obligationen, die der Damesplan vorschreibe, zur Emission zu bringen, noch eine Anleihe von 800 Millionen vorzusehen. Man müsse sie auch placieren, und hierum bemühen sich die Engländer und die Amerikaner fortgesetzt. Es werde keinen Widerspruch zwischen den Interessen der Heischner und den Ansichten der Regierungen geben. Die Frage der Pfänderausgleichs werde notwendigerweise von dem Grundsatze des Damesplanes beeinflusst, daß das Reparationsproblem wirtschaftlich zu behandeln ist. Wir haben die Tätigkeit der Reparationskommission keineswegs gestört. Die italienische und die belgische Regierung haben bereits die Grundlage der französisch-englischen Note angenommen. Ich kann also das

vollkommenes Einverständnis der Alliierten

feststellen. Herriot erklärte dann, was der Damesplan über die Transferierungsfrage vorschreibe. Diese Frage sei schwierig und ernst. Er für seinen Teil wolle im Augenblick nicht das ganze Problem lösen, er lenke aber die Aufmerksamkeit aller Alliierten und der Sachverständigen darauf. Man müsse ein interalliiertes Amt für die Transferierung schaffen. Auch hinsichtlich der Sachlieferung nähmen vorsichtige Maßnahmen ergriffen werden.

Paris, 11. Juli. Die von dem Vorsitzenden der demokratischen Linken und der republikanischen Union eingebrachte Tagesordnung hat folgenden Wortlaut: Der Senat billigt die Regierung, daß sie der Sache des Friedens auf energischste entgegen ist und bereit das Vertrauen in die Regierung aus, daß sie im Einverständnis mit den Alliierten die Ausführung des Versailler Vertrages verfolgen wird, die Frankreich Reparationen gewährleisten. Der Senat geht zur Tagesordnung über. Herriot stellte die Vertrauensfrage. Bei der Abstimmung wurde die Vertrauensfrage mit 240 gegen 18 Stimmen angenommen.

Um den Bürgerblock.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei hat in seiner Sitzung in Frankfurt a. M. bekanntlich eine Entschliessung gefaßt, in der er die angebotene Notwendigkeit der Heranabnahme der Deutschen Nationalen zur Regierungsbildung hervorhob. Auf diese freundliche Einladung antwortet jetzt die deutschnationale Parteileitung mit einem Artikel, in dem mit großer Befriedigung von der Absicht des Vorstandes der Deutschen

Volkspartei anzunehmenden Entschliessung über die Voraussetzungen für die Annahme des Sachverständigen Gutachtens gesprochen wird. Nach Auffassung der Deutschen Nationalen bringt diese Entschliessung eine wesentliche Wendung in der außenpolitischen Haltung der Volkspartei und ihres Vorsitzenden zum Ausdruck und bekräftigt damit eins der wesentlichen Hindernisse, an denen seinerzeit der Eintritt der Deutschen Nationalen in die Reichsregierung gescheitert ist. Aus dem Artikel geht hervor, daß die Deutschen Nationalen also jetzt allem agitatorischen Geschrei vom „zweiten Versailles“ usw. zum Trotz bereit sind, das Gutachten zu schließen, wenn dadurch die militärische Räumung des Ruhrgebietes erzielet wird und sie in den Besitz der so lange mit Schmerzen entbehrten Regierungsgewalt kommen. Die Gefinnungsgleichheit der Deutschen Nationalen zeigt sich hier wieder einmal in ihrem besonderen Klange.

Kampfansage der Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschäftigte sich am Freitag mit der politischen Lage, die durch die Einbringung der Schutzanleihe und die ablehnende Stellungnahme der Regierung gegen die Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Währungsunterschied entstanden ist. Dem „Vorwärts“ zufolge fand das Verhalten der Regierung allgemein scharfe Beurteilung. Der Parteivorstand beschloß zur Einleitung eines Prozedures gegen die Schutzanleihe und gegen die Haltung der säkularen Parteien entsprechende Maßnahmen zu treffen. Es sollen Redebroschüren und besonders Flugblätter herausgegeben werden. Die Absicht der Gewerkschaften die Ratifizierung des Abkommens von Washington zum Gegenstand eines Volksentscheides zu machen, wird die Unterstüfung der Partei finden.

Gewerkschaften und Sachverständigen Gutachten.

Berlin, 11. Juli. In einer Besprechung des Reichsfänglers mit Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften betonten diese die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Lasten aus dem Sachverständigen Gutachten. Die Reichsregierung gab einen Leberbild über die vorbereitenden Arbeiten zur Durchführung des Sachverständigen Gutachtens. Es soll alles getan werden, um die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so ertragreich wie möglich zu gestalten.

Der Staatsgerichtshof gegen den „Miesbacher Anzeiger.“

Vor dem sächsischen Senat des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik unter Vorsitz von Senatpräsident Niedner hatte sich der Schriftleiter des „Miesbacher Anzeiger“ Martin Weger wegen Vergehens gegen das Republikenschutzes und Beleidigung des ehemaligen Reichsjustizministers Dr. Wabdruck zu verantworten. Dr. Wabdruck hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen.

Der Angeklagte hatte am 8. Juli 1923 einen Artikel „Wird erschossen!“ in seinem Blatt aufgeschrieben, der folgenden Satz enthielt: „Der derzeitige Reichsjustizminister Wabdruck war während der Kriegszeit an einer Matrosenmeuterei beteiligt, wurde verurteilt und von E. W. dem Kaiser begnadigt.“

Dr. Wabdruck führte als Beuge aus, daß an den ganzen Behauptungen kein wahres Wort sei. Er habe von 1915 bis Kriegsende als Infanterist an der Westfront gestanden und sei auch bei Ausbruch der Revolution nicht in Kiel gewesen. Beurteilt sei er nie worden. Lediglich beim Ruhr-Einsatz habe man ihn einmal fünf Tage in Schutzhaft genommen. An sich lasse er die Beleidigung des „Miesbacher Anzeigers“ nicht trüg auf, der ihn immer habe zum Juden gemacht wollen, obwohl er unter seinen Vorfahren nicht einen Juden habe. Aber er habe diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen können, der ihm als Sozialdemokrat die Vaterlandsliebe abspiege.

Der Angeklagte erklärte darauf, daß er den Reichsjustizminister niemals beleidigt hätte, wenn ihm das wahre Sachverhalt bekannt gewesen wäre, und nahm die Beleidigung mit dem Ausbruch des Bewusstseins zurück. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgesprochen, daß man es für erwiesen ansehe, daß der Angeklagte den früheren Reichsjustizminister Dr. Wabdruck überredet und auch die Staatsform beleidigt habe. Es sei gerichtsamtlich, daß der „Miesbacher Anzeiger“ die republikanische Staatsform beleidigte, und daß es zu allen Mitteln sei. Man müsse aber ganz energisch gegen eine Presse vorgehen, die es mit der Ober der